

## Kurzinformationen

Zu Beginn der diesjährigen Weltgebetswoche für die Einheit der Christen äußerte sich Papst Johannes Paul II. in der Generalaudienz vom 17. Januar zum Thema Ökumene. Dabei wies er zunächst darauf hin, daß der Dienst an der Einheit die vorrangige Aufgabe des Bischofs von Rom sei. Er hob vor allem die Bedeutung des Gebets für die Förderung der Einheit der Christen hervor. Das Gebet mache deutlich, daß Einheit letztlich ein Geschenk Gottes darstelle. Als Antwort auf das Handeln Gottes ergibt sich die Aufgabe, „so weit wie nur möglich zusammen das allen Christen gemeinsame Erbe mit Leben zu erfüllen“. Durch den Dienst der Christen aneinander kann die Einheit immer mehr wachsen. Das Gebet dieser Woche, so der Papst, soll besonders den Dank dafür zum Ausdruck bringen, daß Gott die Kirchen auf dem Weg zur Einheit so weit vorangebracht hat. Johannes Paul II. kam in diesem Zusammenhang auch auf den Dialog zwischen Katholischer Kirche und reformatorischen Kirchen zu sprechen, der ausgebaut und vertieft werden solle. Besondere Beachtung fanden seine Worte über den Stand der *Beziehungen zur Orthodoxie*. Nach den Aussagen des Papstes ist hier die vollständige Einheit fast erreicht. Es soll in Kürze ein theologischer Dialog mit den Ostkirchen byzantinischer Tradition aufgenommen werden, um die Probleme zu überwinden, die einer eucharistischen Gemeinschaft noch im Wege stehen. Mit dieser Äußerung werden andere Anzeichen einer neuen Phase im katholisch-orthodoxen Dialog bestätigt. Am 30. November 1978 wurde durch eine katholische Delegation anlässlich des Andreas-Festes in Konstantinopel eine Botschaft des Papstes verlesen, in der dem Wunsch Ausdruck verliehen wird, „daß so bald als möglich der theologische Dialog zwischen unseren Kirchen beginnt und daß er sich in einer Atmosphäre tiefer Liebe und gegenseitigen Vertrauens abspielt. „In der Antwort von Patriarch *Demetrios* wurde ebenfalls der feste Wille zur Intensivierung des Dialogs deutlich: „Mit vereinten Kräften haben wir schon einen schwierigen und langen Weg der Vorbereitung unseres theologischen Dialogs durchschritten, sowohl von römisch-katholischer wie von panorthodoxer Seite.“ Die institutionellen Voraussetzungen für den neuen theologischen Dialog sind schon geschaffen: 1978 traf erstmals eine katholisch-orthodoxe Koordinationsgruppe zusammen, deren Mitglieder von den beiden theologischen Kommissionen delegiert wurden, die schon seit Jahren an einer intensiveren katholisch-orthodoxen Verständigung arbeiten.

Am 23. Januar empfing Papst Johannes Paul II. zum erstenmal das Führungsgremium der italienischen Bischofskonferenz, deren sog. Ständigen Rat. Aus Anlaß der Audienz hielt er eine längere Ansprache, sie enthält mehrere interessante Punkte. 1. zeigte sich der Papst voll des Lobes über „dieses ausgewählte Land“, das von der Vorsehung zum Zentrum der Kirche gemacht worden sei und in dem in einer fast 2000jährigen Tradition zahllose Bischofssitze „von den Alpen bis nach Sizilien“ entstanden und zu Zentren der Evangelisation geworden seien. Auch hier fehlte der Hinweis auf seine polnische Herkunft nicht. Die Bischöfe könnten sich vorstellen, so der Papst, welche Gefühle der Verehrung inmitten eines solchen Reichtums christlichen Lebens und christlicher Tradition den Sohn eines Volkes bewegten, „das in so offenkundiger Weise seine 1000jährige Geschichte an dieses Zentrum des Glaubens und der Kultur gebunden hat, das sich rings um den Sitz des hl. Petrus entwickelt hat“.

2. unterstrich der Papst auch in dieser Rede die *Bedeutung bischöflicher Kollegialität*. Er zitierte ausführlich „Lumen Gentium“ (Nr. 23) und das Bischofsdekret „Christus Dominus“ (Nr. 22). Er wünsche, sein Amt ganz im Sinne der Kollegialitätslehre des Konzils auszuüben. Aus dieser ergebe sich aber auch die Notwendigkeit der vollen Gemeinschaft der Bischöfe untereinander und mit dem Nachfolger des Petrus, „im Glauben, in der Liebe, in den pastoralen Absichten und Aktionen“. 3. dehnte er die Forderung nach Zusammenarbeit in kollegialen Formen aus auf das *Verhältnis zum Klerus, zu den Ordensleuten und zu den Laien*. Dabei sagte er, wohl speziell die gegenwärtige kirchliche Lage Italiens ins Auge fassend, wörtlich: „In der Kirche können legitimerweise verschiedene Verbindungsgrade mit dem hierarchischen Apostolat und vielfältige Formen des Engagements im pastoralen Bereich existieren. Aus der herzlichen Annahme aller klar katholisch geprägten Kräfte und von deren zur Geltung kommenden pastoralen Aktionsplänen kann sich nur ein sicherer Vorteil für die immer wirksamere Präsenz der Kirche in der Welt ergeben.“ 4. gab er einen Wink in Richtung des sog. Dissens-Katholizismus (ohne daß er dieses Wort selbst in den Mund nahm). Es sei dringend eine neue Anstrengung notwendig, um die volle kirchliche Gemeinschaft mit jenen Bewegungen, Organisationen, Gruppen wiederzugewinnen, die aus dem Wunsch einer großzügigen und logisch schlüssigen Gefolgschaft gegenüber dem Evangelium entstanden sind, aber sich noch nicht in jener gemeinschaftlichen Optik befinden, die notwendig ist für ein Handeln, das sich der gemeinsamen Verantwortlichkeit aller Glieder des Volkes Gottes bewußt ist“. Es sollten neue Gelegenheiten für Begegnungen und Gedankenaustausch in einem Klima der Öffnung und der Herzlichkeit geschaffen werden, das sich aus der eucharistischen Gemeinschaft nähre. Es müsse, so der Papst weiter, mit Geduld und Vertrauen der Dialog dort, wo er unterbrochen worden sei, wiederaufgenommen werden, „ohne sich auf dem Weg zur Verständigung und Übereinkunft von Hindernissen und Schärpen entmutigen zu lassen“. Doch könne dieses Ziel nicht ohne den geschuldeten Gehorsam gegenüber dem authentischen Lehramt der Kirche auch in bezug auf Glauben und Sitten erreicht werden. – Am 12. Februar nahm Johannes Paul II. noch einmal zu einer italienischen Frage Stellung. Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Lateranverträge äußerte der Papst beim sonntäglichen Angelusgebet mit den Gläubigen auf dem Petersplatz die Hoffnung auf einen *baldigen Abschluß der Revision des Konkordats* zwischen Italien und dem Heiligen Stuhl, deren dritter Entwurf vor Weihnachten von neuem im italienischen Parlament diskutiert worden war.

Am Abend des 24. Januar, wenige Stunden vor seinem Abflug nach Santo Domingo und Mexiko, empfing der Papst den sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko. Gromyko, der seinen Besuch in der italienischen Hauptstadt zum Anlaß nahm, um beim Papst vorzusprechen, war in den letzten 12 Jahren bereits fünfmal von Paul VI. empfangen worden. Das erste Mal bei dessen Besuch bei den Vereinten Nationen in New York und dann viermal im Vatikan selbst. Es war aber das erste Mal, daß er mit dem neuen Papst unmittelbar zusammentraf. Deswegen wurde der Besuch auch mit viel öffentlicher Aufmerksamkeit begleitet. Das unmittelbar nach der Audienz im Vatikan veröffentlichte Kommuniqué gibt nur die Dauer des Gesprächs und die

Gesprächsthemen an. Danach war das Gespräch ungewöhnlich lange, eine Stunde und 45 Minuten insgesamt. Gesprochen wurde über Friedensförderung und internationale Zusammenarbeit. Behandelt wurden auch Fragen des Lebens der katholischen Kirche in der UdSSR. Das Gespräch hat zu zweit, ohne Hinzuziehung eines Dolmetschers stattgefunden. Der sowjetische Botschafter in Rom, *Nikida Ryzhof*, und Erzbischof *Agostino Casaroli* wurden erst gegen Schluß hinzugezogen. Wieweit auch der geplante *Besuch des Papstes in Polen* eine Rolle spielte, wurde nicht bekannt, ist aber nach den Gesprächen, die in Polen in letzter Zeit darüber liefen, und nach dem Hinweis Kardinal Königs in einer Pressekonferenz in Wien, der Besuch des Papstes in Polen könne eine Art politisches Erdbeben auslösen und Polen wolle sich deswegen wohl mit der Sowjetunion abstimmen, mehr als zu vermuten. Nach übereinstimmenden Presseberichten dürfte aber der Hauptinhalt des Gesprächs tatsächlich die *Lage der katholischen Kirche im unmittelbaren sowjetischen Machtbereich* gewesen sein. Verwiesen wird dabei vor allem auf die schwierige Situation der Kirche Litauens, das zu 94 Prozent katholisch ist, aber gegenwärtig nicht einen einzigen Diözesanbischof mit vollen Rechten hat. Überdies sollen auch die Situation der katholischen Restgemeinden in Weißrußland und in den ehemals polnischen, nach dem Krieg zur Sowjetunion geschlagenen Gebieten angesprochen worden sein sowie die kirchliche Situation in der Ukraine. Von seiten des Vatikans soll die Absicht bestehen, die Diözesanverhältnisse zwischen Polen und Litauen und zwischen Polen und den ehemals polnischen Gebieten der Sowjetunion den durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen politischen Grenzen zwischen beiden Ländern anzupassen. So sinnvoll eine solche Lösung ist, es bleibt völlig offen, ob damit Erleichterungen für die in Litauen und im übrigen Sowjetbereich lebenden Katholiken zu erreichen sind. Die italienische offizielle kommunistische Zeitung „Unità“ schrieb schon vorsorglich: „Die von den sowjetischen Behörden nicht verlangte neue Umschreibung der kirchlichen Grenzen soll eine Geste des Papstes zugunsten der litauischen Kirche sein.“

**Die Schweizerische Fachstelle für Alkoholprobleme SFA veröffentlichte die Ergebnisse der ersten gesamtschweizerischen, von ihrer Forschungsabteilung durchgeführten Repräsentativuntersuchung über den Alkohol- und Tabakkonsum der Schüler des 6., 7. und 8. Schuljahres.** Schon die aktuelle Trinkhäufigkeit von Alkohol ist bedenklich: In der deutschen Schweiz trinken 0,8% der 12jährigen, in der französischen Schweiz 2,0% der 12jährigen und in der italienischen Schweiz 6,5% der 12jährigen täglich Alkohol. Von den 16jährigen trinken überhaupt keinen Alkohol in der deutschen Schweiz 15,9% und in der französischen Schweiz 7,0%, in der italienischen Schweiz trinken von den 14jährigen 13,0% überhaupt keinen Alkohol. Faßt man jugendliches Problemtrinken als zwei- oder mehrmaliges Berauschtsein während der letzten zwei Monate auf, so weisen von den 14jährigen in der deutschen Schweiz 1,1%, in der französischen Schweiz 4,2% und in der italienischen Schweiz 7,5% ein Problemtrinken auf. Für die 16jährigen lauten die entsprechenden Zahlen in der deutschen Schweiz 5,6% und in der französischen Schweiz 9%. In beiden Landesteilen gaben hingegen je 29% der 16jährigen an, in den letzten zwei Monaten wenigstens einmal berauscht gewesen zu sein. Von den 16jährigen haben noch nie geraucht in der deutschen Schweiz 13,1% und in der französischen Schweiz 22,0%, in der italienischen Schweiz haben von den 14jährigen 34,3% noch nie geraucht. 18% der 16jährigen sowohl der deutschen wie der französischen Schweiz rauchen mehr als 3 Zigaretten täglich, 6% gar mehr als 12 Ziga-

retten täglich. Von den 14jährigen rauchen in der deutschen Schweiz 1,4%, in der französischen Schweiz 5,4% und in der italienischen Schweiz 1,8% mehr als 3 Zigaretten täglich. Die Daten der Untersuchung zeigen auch klar, daß bei geringem schulischem Wohlbefinden in allen Altersgruppen der drei Sprachregionen der Anteil der regelmäßig rauchenden und trinkenden Schüler höher ist als bei hohem schulischem Wohlbefinden. Für die SFA liefert diese Untersuchung nicht zuletzt *Basisinformationen für die Schaffung von präventiv wirkenden gesundheits-erzieherischen Lehrprogrammen*. Handlungsmodelle für das soziale Engagement der römisch-katholischen Kirche im Kampf gegen die Sucht zu erarbeiten ist eines der Ziele der Fachgruppe „Sucht“ der Caritas Schweiz. Kirchliche Mitarbeiter mit der komplexen Problematik der Sucht in der Schweiz zu konfrontieren ist die Absicht ihres soeben veröffentlichten Werkheftes „Kirche und Suchtprobleme“. Im ersten Teil wird das soziale Engagement der Kirche im Suchtbereich begründet; im zweiten Teil sind Stichworte zur Suchtproblematik in der Schweiz zusammengestellt; der dritte Teil bietet praktische Hinweise.

**In Mosambik hat die FRELIMO-Regierung unter Staatschef Samora Moises Machel den Druck auf die katholische Kirche verschärft.** Nach einer Phase der relativen Entspannung seit Mitte 1976 ist jetzt in vielen Teilen des Landes das kirchliche Leben unmittelbar bedroht. Es werden nicht nur willkürliche Verhaftungen gemeldet, auch *der Kontakt der Geistlichen mit ihren Gemeinden* wird auf vielfache Weise behindert. Die Versammlungsfreiheit für Gläubige war schon bisher bis auf ein Minimum eingeschränkt. In letzter Zeit wurden sogar Gruppengespräche auf offenen Plätzen von Behörden aufgelöst oder zum Vorwand eines Verhörs genutzt. Wie stark die Kirche Mosambiks von neuem unter Druck steht, zeigt auch ein von Anfang Dezember datierter und jetzt vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in deutschem Wortlaut veröffentlichter *Hirtenbrief der Bischöfe* des Landes. „Das Fehlen religiöser Freiheit – eine Tatsache, die immer deutlicher wird –, die schwierige Lage auf Diözesan- und Gemeindeebene in verschiedenen Teilen des Landes“, so heißt es in dem Text, habe die Bischöfe zu dem Hirtenbrief veranlaßt. Sie weisen ausführlich auf die Verfassungsartikel hin, die Religionsfreiheit wie andere grundlegende Freiheiten und Menschenrechte, wie Unverletzlichkeit der Wohnung und des Briefgeheimnisses, Schutz der Ehe und Familie, Recht auf Arbeit und Bildung, Mitwirkung der Bevölkerung in öffentlichen Angelegenheiten in demokratischen Organisationsformen garantieren. Die Gläubigen werden aufgefordert, „darüber nachzudenken und den Wert dieser Freiheiten in der Praxis noch zu vertiefen“, und zugleich ermahnt, „nicht müde zu werden, am Aufbau einer Gesellschaft mitzuwirken, die frei von Angst, Diskriminierung und Zwang ist, eine Gesellschaft, in der der Mensch nicht zerstört wird, sondern sich ganz verwirklichen kann“. Den staatlichen Behörden billigen sie ausdrücklich, daß sie „bestimmte einschränkende Vorschriften für die praktische Ausübung der Glaubensfreiheit aufstellen können“. Zugleich aber erinnern sie an die Schwierigkeiten, „auf die Christen stoßen, wenn sie sich versammeln und den Gottesdienst feiern, hauptsächlich, wenn sie in Dorfgemeinden oder in befreiten Gebieten leben“: an die Hindernisse, die den Eltern bei der christlichen Erziehung ihrer Kinder entgegengestellt werden, an die Einschränkungen, die Bischöfe, Priester und andere Verantwortliche bei der Erfüllung ihrer seelsorglichen Aufgaben antreffen, die ungerechtfertigte Kritik an der Religion, den Zwang zum Atheismus und die Diskriminierung aus Glaubensgründen. Der Aufbau einer Gesellschaft freier Menschen sei unvereinbar mit den tatsächlich be-